

nr. 4 – sept / okt 2020

ecke köpenicker

Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



WELCHE ECKE?



Die Luisenstadt hat ja bekanntlich viele schöne Ecken. Aber wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder einen Büchergutschein der Buchhandlung am Moritzplatz.

Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Köpenicker, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecke.koepenicker@gmx.net Der Einsendeschluss ist Montag, der 26. Oktober.

Unser letztes Bilderrätsel zeigte ein Detail der Relieftafel am Heinrich-Heine-Denkmal, Köpenicker Str. 101. Vielen Dank für alle Einsendungen! Den Büchergutschein erhält Andreas Meyer. Herzlichen Glückwunsch!

Bürgerberatung – Sprechstunden im Stadtteilladen

Im Stadtteilladen dialog 101 (Köpenicker Straße 101) finden wieder die wöchentlichen Bürgersprechstunden statt:

Sprechstunde Gebietsbetreuung Luisenstadt durch die KoSP GmbH: dienstags 14–18 Uhr

Mieterberatung für Mieter im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt und in den Erhaltungsgebieten: montags 15–18 Uhr (jeden 1. Und 3. Montag mit Rechtsanwältin)

Weiterhin trifft sich auch die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt wieder in den Räumen des dialog 101. Die monatlichen Plena sind öffentlich und finden jeden 3. Dienstag im Monat um 18.30 Uhr statt. Interessierte sind herzlich willkommen! Und auch die Nähwerkstatt ist hier wieder aktiv und trifft sich jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr im Stadtteilladen.

Bitte beachten Sie die dort geltenden Abstands- und Hygieneregeln. Dazu gehört auch das Tragen einer Alltagsmaske in den Räumlichkeiten.

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Köpenicker« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.luisenstadt-mitte.de sowie auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt: www.buergerverein-luisenstadt.de

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteilern auf!

INHALT

- Seite 3** Forum zur Zukunft des Bärenzwingers
- Seite 4** Sanierungsarbeiten im Köllnischen Park
- Seite 5** Luisenstädtischer Friedhof / Nachrichten
- Seite 6** B-Plan zum Spreeuferweg zwischen Brücken- und Michaelkirchstraße
- Seite 7** Einwendungen zum B-Plan
- Seite 8** Neues vom Bürgerverein Luisenstadt
- Seite 9** Gebietskolumne: Die Glockengasse 4711 der Luisenstadt

Aus dem Bezirk Mitte:

- **Seite 10 / 11** »Chaos & Aufbruch« – Ausstellung im Märkischen Museum
- **Seite 12 / 13** Geschichte der Berliner Mietendeckel
- **Seite 14** Zum Rücktritt von Katrin Lompscher

Seite 15 Gebietsplan und Adressen

Seite 16 Eckensteher + Pflastersteine

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, ecke.koepenicker@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Die nächste Ausgabe

der Ecke Köpenicker erscheint Anfang November 2020.

Öffentlichkeit – aber wie?

Auf einem digitalen Forum wurde über die Zukunft des Bärenzwingers als Kulturort debattiert

Die letzten Bewohner hießen Thilo, Maxi und Schnute: drei Braunbären, die im Bärenzwinger am Köllnischen Park lebten. Nachdem die letzte Bärin 2015 gestorben war, stand das legendäre Gehege leer. Schließlich nahm sich 2017 in Absprache mit dem Stadtplanungsamt Mitte der bezirkliche Fachbereich Kunst, Kultur und Geschichte des denkmalgeschützten Gemäuers an: als neuen Ort für zeitgenössische Kunst. Die letzten drei Jahre hatten junge Kunstschaffende und angehende Kuratoren hier die Möglichkeit, mit neuen Formaten zu experimentieren.

Doch wie geht es weiter? Sicher ist bislang nur: Langfristig soll der Kunstort erhalten bleiben. Und: es soll einen Architekturwettbewerb dazu geben, der Umbau ist ab 2023 vorgesehen.

Um inspirierende Anregungen für die Zukunftsdebatte zu sammeln, luden der Fachbereich Kunst, Kultur und Geschichte sowie Stadtplanung des Bezirksamts Mitte Anfang September zum digitalen Forum »Bärenzwinger – Visionen für den Kulturstandort« ein.

Öffentlicher hätte das vom Büro KoSP organisierte und moderierte Forum nicht sein können: Bei Youtube konnte jeder das Symposium im Livestream verfolgen und sich – Google-Konto-Anmeldung vorausgesetzt – mit Kommentaren beteiligen. Dennoch blieb die Teilnehmerzahl auch online überschaubar. Die technische Übertragung war teils tückenreich, der Ton oft nur schwer zu verstehen.

Eingeladen waren mehrere Expertinnen und Experten, deren Impulsvorträge unterschiedliche Aspekte in die Debatte einbringen und zur Debatte anregen sollten. So widmete sich Luise Rellensmann von der BTU Cottbus als Expertin für Denkmalpflege dem Aspekt des »offenen Denkmals«. Susanne Hauser, die an der UdK Kunst- und Kulturgeschichte lehrt, wandte sich der Verbindung von Bärenzwinger und Park zu. Die Kunsthistorikerin Nele Heinevetter, die zusammen mit anderen Kulturschaffenden auch den »Tropez«-Kiosk im Sommerbad Humboldthain betreibt, war zum Thema »alternative Kunstorte« eingeladen. Martin Peschken, Autor und Kurator u.a. am Bauhaus, der auch an der IBA 2010 beteiligt war, trug zum Thema »Katalysator für Öffentlichkeit« einiges Bemerkenswerte bei.

Also kreisten etliche Gedanken um den Bärenzwinger als Baudenkmal, sein Verhältnis zum Park, die Nähe zum Märkischen Museum und dem Marinehaus (das eine Art Stadtlabor werden soll), mögliche architektonische Umgestaltungen, die Bespielung des Freigeheges, eventuell auch Gastronomie.

Doch kommt man – egal, ob Parkverbindung, Umbau oder Gastronomie – beim Nachdenken über den Ort letztlich zu drei entscheidenden Faktoren, von denen einer, der Ort selbst nämlich, gesetzt ist. Die beiden anderen sind Variablen: zum einen das Konzept und der Charakter der hier gezeigten Kunst, zum zweiten die Herstellung von Öffentlichkeit.



Denn für nicht wenige Außenstehende waren genau die letzten beiden Faktoren in den letzten Jahren problematisch. Schon die Einladungstexte zu den Ausstellungen und Aktionen wurden oft als eher abschreckend, sogar elitär und elaboriert empfunden: die Sprache zu sehr dem akademisch-theoretischen Kunstdiskurs verhaftet, eher selbst-reflexiv und ausschließend denn einladend. Der vom Landesdenkmalamt beauftragte Architekt Gerhard Schlotter formulierte, dass man »nach der Monokultur der Bären keine Monokultur der Künstler« brauche – derzeit sei der Bärenzwinger ja »nicht gerade ein überfüllter Ort«.

Auch Susanne Prinz, die den kleinen Kultur-Pavillon »L40« am Rosa-Luxemburg-Platz betreibt, plädierte für eine stärkere Öffnung nach außen. Ebenso Martin Peschken, der anmerkte, es gehe nicht um Kunst als exklusive Veranstaltung. Er vermisste eine bestimmte Dimension: nämlich eine Öffentlichkeit im politischen Sinn: ereignishaft, verhandelnd, anstoßend, ein Raum für Debatte und Auseinandersetzung, ein Katalysator. Das sei zwar nicht planbar, doch könne man zumindest räumliche Angebote machen. Welche Schlussfolgerungen die bezirkliche Kulturverwaltung nun aus dem Forum zieht, wird sich zeigen. Peschkens Schlussstatement, vielleicht sollte man das Geld statt in einen Architekturwettbewerb lieber in einen Kreativ-Workshop für die Verwaltung investieren, war vielleicht nur zum Teil scherzhaft gemeint. us

Die vollständige Dokumentation des Forums erhalten Sie bei der KoSP GmbH (Ansprechpartner siehe S. 15).

Gesundheitsamt sucht dringend Mitarbeiter

Zum 1. Oktober muss die Hälfte des gegenwärtig eingesetzten Personals im Gesundheitsamt zurück in ihre regulären Dienststellen, wodurch sich der Personalmangel bei der Pandemiebekämpfung drastisch verstärkt. Das Team des Gesundheitsamts Mitte sucht daher Beschäftigte für zunächst ein Jahr. Gesucht werden insbesondere medizinische Fachangestellte, Mitarbeiter in der Pandemiekoordination, Fallmanager sowie Ärztinnen bzw. Ärzte. Die Stellenangebote finden sich auf dem Karriereportal des Landes Berlin: www.berlin.de/karriereportal/stellensuche

Gefährliche Herbststürme

Bodenfeuchte immer noch extrem gering

Bereits am 27. August hat in diesem Jahr das Straßen- und Grünflächenamt des Bezirks Mitte seine erste »Warnung von dem Betreten der Grünanlagen« veröffentlicht. Grund war das Sturmtief »Kirsten«, das Ende August über die Stadt fegte: »Vor allem abseits der offiziellen Wege können abgebrochene Äste oder gespaltene Kronen ausbrechen und zu schweren Verletzungen führen«. Die Kontrollen durch die Beschäftigten des Straßen- und Grünflächenamtes würden erfahrungsgemäß mehrere Tage erfordern. Am Schluss der Meldung hieß es in fetten Lettern: »Die Bäume können unvermittelt umstürzen.«

Besonders gefährlich sind Stürme, wenn sie früh im Jahr auftreten. Das Laub ist dann noch grün und die Blätter haften noch fest an den Zweigen, so dass Laubbäume den Stürmen großen Widerstand bieten. Durch die langanhaltende Trockenheit der vergangenen drei Jahre sind zudem besonders viele Bäume geschwächt. Daran könnten auch die erhofften starken Regenfälle im Herbst nichts mehr ändern. Falls sie denn kämen: bis September blieb der Regen noch spärlich. Das vom Berliner Pflanzenschutzamt ständig aktualisierte Diagramm zur Bodenfeuchte in der Stadt

leuchtete Anfang September noch tief im roten Bereich. Nachdem im extrem heißen August die Feuchtigkeit in 85 cm Tiefe auf Null gesunken war, hat sie sich zwar langsam wieder auf etwa 10 % erhöht. Das ist aber nach wie vor viel zu trocken, auf »gelb« springt die Ampel erst ab 30 %, auf »grün« ab 50 %. Viele Bäume und die meisten Sträucher leiden deshalb unter schwerem Trockenstress. Das ist oft auch mit bloßem Auge gut erkennbar, bei Laubbäumen zum Beispiel daran, dass an den Spitzen vermehrt kahle Stellen und oft auch schon tote Äste auftreten.

Der Trockenstress hängt natürlich auch vom Standort und von der Baumart ab. In der Nähe der Spree oder anderer Gewässer reicht das Grundwasser ja noch relativ nahe bis an die Oberfläche. In größerer Entfernung und sobald das Gelände auch nur leicht ansteigt, kommen auch ältere Bäume inzwischen an ihre Grenzen. Vor allem Flachwurzler wie Rosskastanien, Fichten oder Weiden haben Probleme. Geht es gleich mehrere Meter in die Höhe, können auch tief wurzelnde Bäume wie Eichen, Kiefern oder Eschen vom Trockenstress betroffen sein. Das betrifft auch viele Wälder am Stadtrand von Berlin oder im Umland: Herbstliche Waldspaziergänge könnten in diesem Jahr besonders gefährlich werden. Vor allem, wenn in den Tagen zuvor Herbststürme gewütet haben. Abseits der Wege nach Pilzen zu suchen wäre dann nicht empfehlenswert, zumal durch die Trockenheit der Böden die Ausbeute ohnehin nur sehr gering sein dürfte.

Das Straßen- und Grünflächenamt Mitte wird in diesem Herbst wohl häufiger vor dem Betreten der Grünanlagen warnen. cs

Köllnischer Park: Sanierung hat begonnen



Mitte August begannen die Sanierungsarbeiten im Köllnischen Park. Die denkmalgeschützte Grünanlage wird neugestaltet. Bis zum Abschluss der Arbeiten Ende Mai 2021 bleibt der Park für Besucherinnen und Besucher gesperrt. Alle Wege im Park und die Vegetationsflächen werden erneuert. Der bestehende Kinderspielplatz erhält eine neue Nestschaukel und eine zusätzliche Wippe. Rund um den Bärenzwinger werden sieben Silberlinden sowie ein Trompetenbaum am Zille-Denkmal neu gepflanzt. Die Skulpturenterrasse bekommt einen barrierefreien Ausbau und ist künftig auch für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen besser zu erreichen. Die vorhandenen Skulpturen und Spolien werden saniert. Der Terrakottabrunnen wird ebenfalls überarbeitet und die Brunnenteknik erneuert. Im Zuge der Arbeiten lässt das Bezirksamt Mitte die Mauern des historischen Mühlenstumpfs und des Wusterhausener Bärs überarbeiten.

Bereits im Jahr 2013 wurde die Planung erstellt und in den Jahren 2018 bis 2019 komplett überarbeitet. Insgesamt belaufen sich die geplanten Kosten auf ca. 1,6 Mio. Euro. Die Finanzierung des Projektes erfolgt aus Mitteln der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen über das Förderprogramm »Zukunft Stadtgrün / Lebendige Zentren und Quartiere«.



Neue Gedenktafel

Ein Stück Luisenstädter Geschichte findet sich am Südsterne: der Alte Luisenstädtische Friedhof

Es ist ein bisschen kompliziert. Also: Die neue Gedenktafel wurde kürzlich auf dem Alten Luisenstädtischen Kirchhof aufgestellt. Dieser befindet sich jedoch nicht unmittelbar in der Luisenstadt, sondern seit Mitte des 18. Jahrhunderts am Südsterne.

Die neue Tafel steht am Haupteingang nahe der Trauerkapelle und informiert über die Geschichte des Friedhofs ab dem Jahr 1753, als der vorherige Friedhof an der Luisenstadtkirche in der Alten Jakobstraße seine Kapazitäten erschöpft hatte.

Auf dem Friedhof befinden sich teilweise aufwendige Erbbegräbnisstätten von bedeutenden Berliner Persönlichkeiten (u.a. wurde Gustav Stresemann hier bestattet, Friedensnobelpreisträger, früherer Reichskanzler und Außenminister), aber auch einige Gräber vergessener Persönlichkeiten mit kunstgeschichtlich bedeutsamem Grabschmuck. Heutiger Eigentümer des Friedhofs ist der Evangelische Friedhofsverband.

Ein Kapitel der deutsch und englisch beschrifteten Informationstafel berichtet über den Umgang der Friedhofsverwaltung mit dem Nationalsozialismus in den 1930er Jahren. In diesen Jahren wurde versucht, den Friedhof zu einem Schauplatz »pompös inszenierter Beerdigungskultur für rangniedere NS-Anhänger« zu etablieren: als »Hauptfriedhof der Bewegung«. Zwischen September 1931 und April 1935 wurden dort insgesamt 22 Nationalsozialisten beerdigt, prominente Parteigrößen gehörten nicht dazu. Viele von ihnen waren bei gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Parteigeignern ums Leben gekommen, manche aber auch durch Schüsse der eigenen Leute oder durch Selbstmord. Die Trauerfeiern wurden mit nationalsozialistischen Elementen zelebriert. Der zuständige Pfarrer Johannes Wenzel, der Pastor der Neuen Garnisonkirche, zu der der Friedhof gehörte, war ein offener Nazi-Sympathisant und spielte eine wichtige Rolle bei der Inszenierung

und der Verzahnung von Teilen der protestantischen Kirche mit der NS-Diktatur. Vor der Erstellung der Tafel hatte der Friedhofsverband eine Fachgruppe zum Umgang mit der NS-Zeit des Friedhofs einberufen.

Große Familiennacht

Das frisch sanierte Kinderzentrum Ottokar lädt ein zur 10. Großen Familiennacht: Sie findet am Samstag, dem 26. September statt und beginnt um 17 Uhr.

Es gibt Gute-Nacht-Geschichten für Groß und Klein – spannende und lustige Geschichten werden am Lagerfeuer erzählt. Zeitgleich wird in unterschiedlichen Räumen für die verschiedenen Altersgruppen vorgelesen. Traumfänger und Lampions können gebastelt werden. Feuershow, Stockbrot am Feuerkorb und Musik ergänzen das Angebot.

Anmeldung erforderlich unter Telefon (030) 275 48 46 Oder per E-Mail: kizottokar@kinderverein-ottokar.de

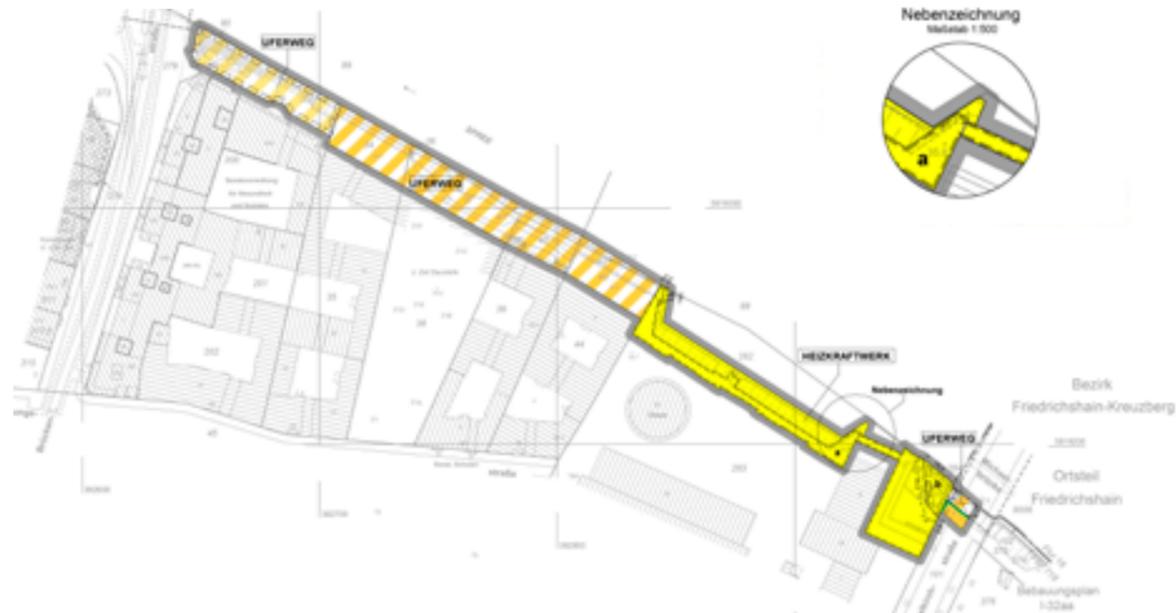
LESERECKE

Dieses Foto schickte uns die Anwohnerin Anne Thyroff und schrieb dazu:

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der »Köpenicker Ecke«, vielen Dank für Ihre letzten beiden, wiederum interessanten und aktuellen, Ausgaben, die uns BürgerInnen immer darüber auf dem Laufenden halten, was im Kiez passiert. Auch die Fotos sind immer toll. Mein erster Blick am Morgen fällt stets auf das wunderschöne Engelbecken, aber am Morgen des 30. August waren wohl die Folgen von in der Nacht wütenden Vandalen zu sehen. Wer macht nur so etwas? Und es war leider nicht das erste Mal. Innerhalb einer Stunde hatten jedoch die MitarbeiterInnen des Cafés am Engelbecken Tische und Stühle aus dem Wasser gezogen – nicht alle waren noch unversehrt – und den größten Schaden behoben.

An dieser Stelle verweisen wir auch auf die große Putzaktion am Engelbecken, zu der der Bürgerverein Luisenstadt am Samstag, 19. September aufruft – siehe S. 8.





Ein weiterer Schritt zum Uferweg

Bebauungsplan 1-81 vom Bezirksamt beschlossen

Für den mittleren Teilbereich des geplanten Uferweges entlang der Spree hat das Bezirksamt Mitte am 8. August 2020 den Bebauungsplan beschlossen. Trotz »beschleunigtem Verfahren« wurden dazu neun Jahre benötigt. Allerdings sind die Verhältnisse in dem betroffenen Abschnitt zwischen Jannowitz- und Michaelkirchbrücke auch besonders vertrackt.

Denn hier führt der künftige Uferweg am Heizkraftwerk Mitte vorbei. Zwar wurde bereits Mitte der 1990er Jahre der Uferweg am Kraftwerk zu einem begehbaren Weg umgebaut (und dabei sogar mit beheizbaren Parkbänken ausgestattet). Öffentlich zugänglich war dieser Bereich aber nie: Ein massiver Zaun zur Michaelkirchstraße hin verhindert eine öffentliche Nutzung seit etwa einem Vierteljahrhundert. Mit dem Bebauungsplan sind jetzt die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich dies in absehbarer Zeit ändern könnte.

Das Kraftwerk ist nämlich in mehrerlei Hinsicht mit dem Spreeufer verflochten: So befindet sich auf dem Abschnitt die Hafenanlage, über die u.a. das Öl angeliefert wird, das den Notbetrieb sichern soll, falls die Gasversorgung aus irgendwelchen Gründen unterbrochen sein sollte. Von diesem Hafen führen eine Pipeline und ein unterirdischer Verbindungsgang zum Kraftwerk. Im fraglichen Bereich steht zudem ein Bauwerk für die Ver- und Entsorgung mit Kühlwasser, das für den Betrieb des Kraftwerks unabdingbar ist. Das Land Berlin kann hier also nicht den für den

Uferweg benötigten Grundstücksteil aufkaufen oder gar enteignen, sondern muss sich mit Vattenfall vertraglich über öffentliche Wegrechte am Ufer entlang einigen. Ein solcher Vertrag ist mit dem Land Berlin bereits verhandelt und wird demnächst unterzeichnet.

Etwas anders gelagert sind die Verhältnisse bei dem Grundstück, das direkt an die Brückenstraße grenzt. Hier wurde in den 1990er Jahren das »Jannowitzcenter« errichtet, dabei wurde der Uferbereich bereits umgestaltet und öffentlich zugänglich gemacht. Zudem sind seit einigen Jahren für diesen Bereich Geh- und Radfahrrechte für die Allgemeinheit im Grundbuch eingetragen. Im Gegenzug hatte der Bezirk auf sein Vorkaufsrecht im Sanierungsgebiet verzichtet.

Anderenorts wurden Uferstreifengrundstücke vom Land Berlin bereits erworben. Obwohl der Kaufpreis dabei wertgemindert ist, war das für die Eigentümer oftmals ein gutes Geschäft: Denn durch den Verkauf wurden sie auch von der Zuständigkeit für die Spundwände an der Spree befreit – und die sind an manchen Stellen reparaturbedürftig. Inzwischen hat sich auch herausgestellt, dass der Bund als Eigentümer der Wasserstraße für die oft hohen Kosten dieser Reparaturen nicht aufkommt, denn für die Unterhaltung der Uferwände ist in der Regel der »landseitige« Grundstückseigentümer zuständig.

Der nunmehr beschlossene B-Plan soll jetzt als Grundlage für die weitere Planung des Uferwegs dienen, der im angrenzenden Abschnitt zwischen Michaelkirchstraße und Engeldamm zunächst einmal als Provisorium errichtet werden wird. Die Landschaftsarchitektinnen und -architekten, die für beide Abschnitte konkretere Entwurfsideen entwickeln sollen, finden jedenfalls in den Materialien zum B-Plan reichhaltigen Lesestoff: Alleine die dem Bezirksamtsbeschluss beigefügte »Begründung zum Bebauungsplan 1-81« umfasst 67 Seiten.

cs



Stellungnahme zum Bebauungsplan 1-81

Der Entwurf des Bebauungsplans 1-81 lag in diesem Jahr wegen Corona gleich zweimal öffentlich aus, zuletzt zwischen dem 15. Juni und dem 15. Juli im Stadteilladen dialog 101. Insgesamt gingen 55 Stellungnahmen ein. Davon kamen etwa 40 Einwendungen aus der Rungestraße 21. Dieser Neubau mit mehr als 120 Eigentumswohnungen wurde 2012 genehmigt und im Jahr 2016 bezugsfertig. Die Planungen für den Uferweg waren da schon bekannt.

Wir dokumentieren an dieser Stelle beispielhaft die Stellungnahme eines Hausbewohners sowie, leicht gekürzt, die Antwort des Stadtentwicklungsamts. Alle Stellungnahmen und findet man im Netz unter www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksamts/beschluesse-des-bezirksamts/2020 unter dem Datum 04.08.2020 als »Anlage 2 zur BA-Vorlage 1198/2020«.

Stellungnahme eines Anwohners

»Der nun öffentlich bekannt gemachte Bebauungsplan 1-81 irritiert in weiten Teilen. In der Rungestraße 21c ist spreeseitig die Lärmbelastung jetzt schon unerträglich (und die Schlafzimmer in meiner Wohnung sind leider auch spreeseitig gelegen). Hier ist unter anderem die Lärmbelastung durch die S-Bahnen und Züge zu erwähnen, insbesondere jedoch das Bremsen der Züge in der Kurve der Jannowitzbrücke (lautes und langanhaltendes Quietschen auch nachts) bei Zügen, die am Ostbahnhof halten werden. Es ist zu erwarten, dass mit Eröffnung des BER auch die Taktung der Regionalbahnen, die zum BER fahren, erhöht wird und damit die Lärmbelastung weiter steigen wird. Erwähnt wird in Ihrem Bebauungsplan nur Schienenschmiereinrichtungen. Dies wird nicht ausreichend sein. Auch eine Lärmschutzwand sollte installiert werden. Als weitere Lärmbelastungen sind hiesige Partylocations zu nennen, die sich nicht an die Nachtlärmschutzmissionsgrenzwerte halten, so dass teilweise die ganze Nacht durch bis ca. 5 Uhr das Schlafzimmer trotz dreifachverglasten Fenstern einer elendigen Bassbeschallung ausgesetzt

ist. Schon heute werden die Treppen auf dem Flurstück 280 am Uferweg von alkoholisierten und drogeneinnehmenden Touristen belagert, so dass man als Anwohner beim Durchgang zur Haustür einen Spießrutenlauf vorbei an torkelnden, nach Alkohol und Gras riechenden Menschen machen muss. Insofern irritiert es, dass Sie hier jetzt auch noch an Ausschank, Bouleplätze und dergleichen denken zur angeblichen Aufwertung des Platzes. In Ihrem Bebauungsplan wird explizit auch die Notwendigkeit der Berücksichtigung lebenswerten Wohnens erwähnt. Dann kann man nicht dem Uferweg jetzt auch noch weiteren Partylärm, Durchgangsverkehr und weiteren Alkoholleichen zuführen! Hier bitte ich mal um nächtliche Besichtigung und Messungen vor Ort vor der Rungestraße 21f und c spreeseitig. Zwar war es einige Wochen coronabedingt tatsächlich spürbar leiser. Die Bumbum-Belästigung durch Musik die ganze Nacht durch an Wochenenden ist jedoch wieder angelaufen.«

DOKUMENTATION

Ergebnis der Prüfung und Abwägung

»Die Lärmkonflikte zwischen heranrückender Wohnbebauung südlich der Spree und dem Schienenverkehr nördlich der Spree stehen nicht im Zusammenhang mit diesem Bebauungsplan. (...) Die Errichtung einer Lärmschutzwand am Ufer würde den Planungszielen völlig zuwiderlaufen und wäre wegen der Entfernung und der Höhenlage der Stadtbahn als Hauptschallquelle voraussichtlich auch weitgehend wirkungslos. Maßnahmen zur Lärmreduzierung an der Lärmquelle (Bahnschienen) sind gemäß § 1 der 16. BImSchV nur im Falle eines Baus oder der wesentlichen Änderung von öffentlichen Straßen sowie von Schienenwegen erforderlich. Dies ist hier nicht der Fall, da es sich um einen bestehenden, unveränderten Schienenweg handelt. Im Rahmen des Realisierungswettbewerbs sollen jedoch einzelne Maßnahmen zum Lärmschutz geprüft werden. So können z. B. kleinräumig wirksame lärmabschirmende Gestaltungselemente integriert werden, um die Aufenthaltsqualität in Teilbereichen zu erhöhen. Verbleibende Lärmbelastungen sind nicht vermeidbar, müssen in der Abwägung mit übrigen Planungszielen, insbesondere den Belangen von Freizeit und Erholung, sowie im Hinblick auf die nur untergeordnete Aufenthaltsfunktion der Flächen, hingenommen werden. Bei einer ordnungsgemäßen Benutzung des Uferwegs sind erhebliche Lärmbelastungen für die Nachbarschaft nicht zu erwarten. Darüberhinausgehender, sogenannter »verhaltensbedingter Lärm« ist dem Betrieb des Uferwegs nicht zuzurechnen. Er ist nach Maßgabe des Landesimmissionsschutzgesetzes unzulässig und kann als Ordnungswidrigkeit geahndet werden. Die angedachten Sondernutzungen auf dem geplanten Uferweg können und sollen jedoch nur insoweit geplant bzw. zugelassen werden, wie sie die Anforderungen an den Lärmschutz für die Nachbarschaft einhalten. Die Belange der anliegenden Wohnnutzungen werden bei der Gestaltung berücksichtigt. Es ist zudem offensichtlich, dass aufgrund der geringen Größe der – neben den für Wege-, Anpflanz- und ggf. Entwässerungsflächen – für Freizeitaktivitäten zur Verfügung stehenden Flächen, die ergänzenden Nutzungsangebote lediglich kleinere, vereinzelte Anlagen umfassen können.«

Neues vom Bürgerverein Luisenstadt



Anerkennung

Die schönste Nachricht zuerst: Der Bezirk Mitte zeichnet den Bürgerverein mit der Bezirksverdienstmedaille aus – es ist eine offizielle und wohlverdiente Anerkennung für sein langjähriges Engagement. Der Bürgerverein Luisenstadt gründete sich bereits 1991 mit engagierten Anwohnerinnen und Anwohnern aus Ost und West, die ja an diesem Ort unmittelbar aufeinandertrafen: Denn die historische Luisenstadt war erstmals durch die Gründung Groß-Berlins vor 100 Jahren geteilt worden – mit dem Zuschnitt der Berliner Bezirke befand sich die südliche Luisenstadt von nun an im Bezirk Kreuzberg, der Nordteil gehörte zum Bezirk Mitte. Und 1961 wurde das historische Gebiet nochmals durch die Berliner Mauer zerschnitten. Nach dem Mauerfall 1989 fanden schließlich Luisenstädter von hüben und drüben zusammen, um die Geschichte des Quartiers wieder sichtbar zu machen, sich für den Erhalt historischer Substanz einzusetzen, ein nachbarschaftliches Miteinander zu fördern und sich für ein lebenswertes Wohngebiet zu engagieren. Dabei entwickelte sich im Laufe der Jahre ein überaus vielfältiges Vereinsleben, die Liste der Erfolge und Aktivitäten ist zu lang, um sie hier würdigen zu können. Herzlichen Glückwunsch also zur Medaille! Sie wird am 22. September im Teehäuschen im Tiergarten feierlich verliehen.

Aktion Dankeschön

Die vom Bürgerverein gestartete Spendenaktion AKTION DANKESCHÖN (wir berichteten in unserer letzten Ausgabe) sollte ein Dankeschön und eine Würdigung der Leistungen jener »Alltagshelden« sein, die auch während des Lockdowns dafür sorgten, dass das Leben im Viertel weiter funktioniert, und die teils auch heute noch unter erschwerten Bedingungen arbeiten müssen: in Super- und Drogeriemärkten, den Apotheken und Pflegediensten. Rund um das Heinrich-Heine-Viertel waren das etwa 170 Menschen, de-

nen der Verein als Anerkennung Gutscheine von Cafés, Restaurants und Servicebetrieben unseres Viertels überreichen wollte. Die Gutscheine sollten über die Spendenaktion finanziert werden, was gleichzeitig – neben dem Dankeschön für die Alltagshelden – auch die Cafés und Restaurants im Kiez in der finanziellen Krise unterstützen sollte. Die Aktion konnte am 13. August mit der Überreichung der Gutscheine abgeschlossen werden. Der Verein erlebte dabei große Freude und Zustimmung, erfuhr aber auch von neuen Problemen. Insgesamt waren durch Spenden 2550 Euro zusammengekommen. Das ergab 162 Gutscheine im Wert von 16 Euro. Der Bürgerverein bedankt sich noch einmal bei allen Spenderinnen und Spendern sowie bei der Wohnungsbaugenossenschaft BEROLINA und die Wohnungsgesellschaft Mitte (WBM) für die Unterstützung.

Putzaktion am Engelbecken

Am 19. September heißt es »Gemeinsame Sache« – im Rahmen der Berliner Freiwilligentage. An diesem Samstag lädt der Bürgerverein zwischen 10 und 13 Uhr alle Vereinsmitglieder und Anwohner wieder zu einer Reinigungsaktion am Engelbecken ein, um den Teich und das Umfeld von Müll und Unrat zu befreien.

Treffpunkt ist die Plattform über dem Café am Engelbecken. Bitte Arbeitsbekleidung, Handschuhe und festes Schuhwerk mitbringen und auch den Mund-Nasenschutz nicht vergessen! Und wer Unrat aus dem Wasser holen will, muss sich Badesachen und Badeschuhe mitbringen. Um Gerätschaften und Container zum Einsammeln kümmert sich der Bürgerverein Luisenstadt e.V.

Nach getaner Arbeit gibt es eine kleine Erfrischung.

Mehr Wasser für die Bäume: Gießen mit der AG Grün

Auch wenn es manchem in diesem Sommer vielleicht nicht so vorkam: Es ist immer noch viel zu trocken, nicht nur in den Wäldern, sondern auch für das Stadtgrün. Die Pflanzen leiden unter dem Trockenstress der letzten Jahre, und auch dieses Jahr reichte der Regen bei weitem nicht aus, um in der Tiefe die Baumwurzeln ausreichend zu versorgen.

Die »AG Grün für Luise« des Bürgervereins unterstützt seit geraumer Zeit die Bewässerung von Bäumen und Sträuchern im Kiez und trifft sich zu gemeinsamen Gießaktionen. Der neue Gieß- und Aktionskalender verzeichnet die wechselnden Aktionsorte und Termine.

Nächster Termin ist Samstag, der 10. Oktober. Dann wird zur »Razzia: Götterbaum-Aktion« geladen, denn in den letzten trockenen Hitzesommern haben sich an Straßenrändern, in Parks und rings um Spielplätze und verwilderte Gebüsche die Jungpflanzen des Götterbaums stark vermehrt. Die Schößlinge sprießen bis zu 4 Meter im Jahr und bedrohen durch ihre massenweise Ausbreitung heimische Bäume und Pflanzen. Wo das schnell wuchernde Gehölz (von der EU wird es in der Liste invasiver Arten geführt) einmal wurzelt, überwuchert es alles und ist nur noch sehr schwer auszumerzen.

Mitstreiter sind herzlich willkommen!

Weitere Informationen unter www.buergerverein-luisenstadt/aktuelles

us

Die Glockengasse 4711 der Luisenstadt

Fluchtweg durch die Mauer

Inzwischen ruft die Bezeichnung »Glockengasse 4711« nicht mehr bei allen die Erinnerung an das Parfüm Kölnisch Wasser hervor. Wo war in der Luisenstadt die Glockengasse 4711? Es war ein etwas rätselhaft verwinkelter Weg durch die Kanalisation unter der Neuen Grünstraße und der Seydelstraße. Klar, dass es in der Kanalisation nach allem anderen, nur nicht nach Parfüm riecht und es sich also um eine ironische Glockengasse handelt. Es war der erfolgreichste Fluchtweg durch die Mauer oder genauer, unter der Mauer hindurch.

Entdeckt hatten diesen Weg zwei Ostberliner Ehepaare: Ulrich und Waltraud Schulze und Hans und Gerda Liedtke. Schon vor dem Mauerbau wollten sie in den Westen und wurden vom 13. August 1961 überrascht. Bis zu ihrer gelungenen Flucht durch die Glockengasse am 13. September desselben Jahres hatten sie nicht weniger als 14 gescheiterte Fluchtversuche hinter sich.

Der Tunnel war so niedrig, dass sie nur auf allen vieren vorankriechen konnten. Es knallte zweimal laut, die Frauen waren überzeugt, ihre Männer seien erschossen worden. Aber es war nur ein Auto über einen losen Gullydeckel gefahren. Sie wurden alle mehrfach von aggressiven Ratten gebissen, ohne dass sie diese abwehren konnten. Ein Gitter versperrte ihnen den Weg, das sie nicht durchsägen konnten, weil direkt über ihnen die bewachte Mauer und die Grenzer standen. Schließlich fanden sie im Sinne des Wortes in der Scheiße grabend unter dem Gitter einen 30 Zentimeter schmalen Durchlass. Sie mussten sich nackt ausziehen, um sich durch ihn hindurchzudrücken. Gerda Liedtke blieb beim Versuch, mit Kleidung hindurchzukommen, hängen, so dass Ulrich von vorn ziehen musste, während Hans von hinten schob.

Doch schließlich hatten sie es geschafft und auch, dass es ihnen unmöglich war, einen der Gullydeckel im Westen anzuheben und aus dem Kanal zu steigen, minderte ihre gute Laune nicht: Sie waren im Westen!

Erst unter der Gitschiner Straße neben dem Patentamt war ein Deckel lose und sie konnten aussteigen. Niemand beachtete im morgendlichen Berufsverkehr die stinkenden Flüchtlinge. Sie setzten sich auf die Verkehrsinsel und leerten eine Flasche Weinbrand, die sie zum Aufwärmen bei Kälte mitgenommen hatten.

Von dieser erfolgreichen Flucht erfuhr die Girmann-Gruppe, auch bekannt als »Unternehmen Reisebüro«. Es war eine studentische Fluchthilfegruppe der Freien Universität Berlin um Detlef Girmann, Dieter Thieme und Bodo Köhler. Thieme erkannte die Möglichkeiten dieses neuen Weges. Zuerst sägten Studenten mit viel Zeit in nicht weniger als drei Nächten das Gitter durch, setzten es danach wieder ein und machten die Fugen durch Verschmieren mit Exkrementen unsichtbar.

Ab dem 25. September 1961 begann die Gruppe, DDR-Bürger durch diesen Kanal in den Westen zu schleusen. Es



Einstieg zur Freiheit, der Gullydeckel über der Kanalisation, durch die 500 Menschen aus Ostberlin nach Westberlin entkamen.

wurde die erfolgreichste Aktion dieser Art: Ca. 500 Menschen konnten so bis zum 14. Oktober 1961 in den Westen fliehen.

Das lag an der professionellen Organisation mit Arbeitsteilung: Läufer, die in der Wallstraße die vom U-Bahnhof Spittelmarkt kommenden Flüchtenden in Empfang nahmen und an die »Deckelmänner« an der Ecke Wallstraße und Neuer Grünstraße übergaben. Diese begleiteten sie zum Gully, öffneten ihn und wiesen sie genau ein. Die Flüchtlinge stiegen teils im Viertelstundentakt in Gruppen ein und wurden von Fluchthelfern aus Westberlin am Gitter mit Lichtzeichen in Empfang genommen. Die Ratten gewöhnten sich an den Verkehr und bissen die kriechenden Menschen nicht mehr.

Noch dramatischer als die erste Flucht war die letzte in der Nacht vom 13. auf den 14. Oktober 1961. Eine Streife der Grenzer entdeckte den noch offenen Gullydeckel und schloss richtig, dass hier Menschen versuchten, in den Westen abzuhaufen.

Den Flüchtlingen half das Glück, dass oberirdisch der Verlauf des Mischwasserkanals nicht zu erraten war. Denn er biegt nach etwa 100 Metern fast rechtwinklig links unter die Seydelstraße ab, anstatt, wie man oberirdisch annimmt, geradeaus zur Kommandantenstraße zu führen, wo die Mauer stand. Volkspolizisten rissen in der Kommandantenstraße alle Kanaldeckel auf, leuchteten in die Schächte, stellten sich mit Maschinenpistolen im Anschlag auf und warfen Tränengasgranaten hinein. Auf der Westseite wiederum rissen die Fluchthelfer die Deckel auf, damit sich das Gas verziehen konnte.

Happy End: Die letzten Flüchtenden wurden in Westberlin fast ohnmächtig aus der Kanalisation gezogen. Aber es gab keine Verhaftungen.

Falko Hennig

Der Autor lädt täglich zum Stadtpaziergang »Die Mauer der Luisenstadt« (min. 5 Teilnehmer, 2h/€ 12,-, in der Corona-Zeit auch telefonisch) durch die Luisenstadt und den schmalsten Park Berlins ein, Treffpunkt: 11 & 14 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Ecke Köpenicker, Anmeldung erforderlich (0176) 20 21 53 39.

100 JAHRE GROSS-BERLIN

»Chaos & Aufbruch – Berlin 1920 | 2020«

Eine überaus empfehlenswerte Ausstellung im Märkischen Museum

»Im Kaiserreich ist die Wohnung eine Ware, die von privaten Investoren gehandelt wird. Sogenannte Terraingesellschaften erwerben mithilfe von Banken und Kapitalanlegern große Areale, um sie zu erschließen und zu bebauen. Besonders lukrativ sind hochwertige Immobilien für das vermögende Bürgertum. Mietwohnungen für Geringverdiener rentieren sich durch extreme Wohndichte, minderwertige Ausstattung und Vernachlässigung der Bausubstanz. Gewinn Spekulation treibt die Mieten in die Höhe.«

Das kommt Ihnen irgendwie so vertraut vor? Es ist eine Beschreibung des Berliner Wohnungsmarktes vor 1920. Und es ist nicht die einzige Parallele zum heutigen Berlin, wie man an Sätzen wie den folgenden sieht:

»Der moderne Großstadtverkehr bewegt auch die Gemüter der Fahrgäste: Weite Entfernungen schrumpfen, die Alltagswahrnehmung wird beschleunigt und Zeit zu einem kostbaren Gut. Auf engem Raum begegnen sich Menschen verschiedenster sozialer Herkunft – unbeteiligt, neugierig oder ablehnend.«

Oder: »Freie Fahrt für freie Großstädter? Viele Menschen möchten mit einem Privatfahrzeug mobil sein. (...) Berlin steht eine Verkehrswende hervor.«

Oder: »Wem gehört das Tempelhofer Feld? Bereits im Kaiserreich ist der Militärübungsplatz im Süden Berlins eine Spielwiese für Sportvereine, Ausflugsziel für Erholungssuchende und Austragungsort von Motorflugwettbewerben.« Es gibt also einige Parallelen zwischen dem Berlin von 1920, das per Eingemeindung schlagartig zur Weltmetropole wurde, und dem Berlin von heute. Ob Zuwanderung und Bevölkerungswachstum, Wohnungsmangel, Großstadtverkehr oder Freiräume für Erholung – solche Themen und Problemlagen bewegen die Stadt damals wie jetzt.

1920, 2020 – zwei Zeitebenen

»Chaos & Aufbruch – Berlin 1920 | 2020« heißt die Sonderausstellung zum Thema »100 Jahre Groß-Berlin«, die seit Ende August im Märkischen Museum zu sehen ist. Mit Blick auf die Vergangenheit und die Gegenwart Berlins geht sie der Frage nach, wie aus einem chaotischen Umbruch ein konstruktiver Aufbruch gestaltet werden kann: Wie kann Großstadt gelingen?

Durch das »Groß-Berlin-Gesetz« hatte sich 1920 die Einwohnerzahl Berlins quasi über Nacht verdoppelt – durch Eingemeindung benachbarter, bis dahin selbstständiger Städte und Gemeinden entstand eine der damals größten Städte der Welt. Mit 20 neu gebildeten Bezirken als Verwaltungseinheiten bemühte sich die Kommune, die großen finanziellen und sozialen Ungleichgewichte zwischen den



Willy Dzubas: S-Bahnhof Gesundbrunnen während des Baus der U-Bahnlinie D (heute: U8), 1929

teils sehr unterschiedlichen Stadtteilen auszugleichen. Eine »Politik für alle« hatte zum Ziel, allen in der Stadt lebenden Menschen einen Mindeststandard bei Bildung, Gesundheit, Wohnen und Erholung zu ermöglichen. Zudem war endlich auch eine einheitliche Verkehrs- und Stadtplanung möglich. Das Groß-Berlin-Gesetz war somit die Grundlage für die Metropole von heute.

In der Ausstellung laden eine historische und eine aktuelle Zeitebene zu einer Entdeckungsreise ein, die von den Problemen der Stadt über Lösungsansätze bis hin zu ihren Zukunftspotentialen führt. Dabei geht es um Wohnen, Verkehr, Erholung, Verwaltung, um die Anbindung an das Umland und auch um Identität.

Thematisch wie räumlich ist die Ausstellung klar strukturiert: Der erste Teil im Erdgeschoss umfasst die Spanne von der Ausgangssituation in der Kaiserzeit über die großen Veränderungen nach 1920 bis 1933. Mit der Machtergreifung der Nazis endet der erste Teil und führt durch einen »Zeittunnel« in den zweiten Ausstellungsteil im Obergeschoss, der sich der Gegenwart, dem Berlin von 2020 zuwendet.

Politische und ökonomische Hintergründe

Besonders spannend, informativ und anschaulich aufbereitet ist der erste Teil gelungen. Das liegt wohl auch in der Natur der Sache, schließlich gibt es unendlich viel Erzählstoff und museales Material über diese Zeit des allgemeinen Umbruchs. Wunderbar ist es den Ausstellungsmachern gelungen, die Schau nicht nur auf eine Weise in die historischen Räume des Märkischen Museums zu bauen, dass beides miteinander harmoniert und doch ein reizvolles Spannungsfeld bildet – darüber hinaus gelingt auch eine überaus lebendige, nachvollziehbare Darstellung jener Zeit, der politischen und ökonomischen Hintergründe und Zusammenhänge von Entwicklungen, aber auch von Stimmungen und Zeitgeist.

Deutlich wird beispielsweise, wie stark die Wirtschaftskrise und Hyperinflation von 1923 die Entwicklung der Stadt beeinflussten – kurz darauf gefolgt vom großen weltweiten

Börsencrash von 1929, der vielen hoffnungsvollen Entwicklungen wieder ein Ende setzte. Und auch der Skandal um den Berliner Bürgermeister Gustav Böß war durchaus folgenreich.

Aufschlussreich sind aber auch beispielsweise die sehr unterschiedlichen Reaktionen auf das »Groß-Berlin-Gesetz« – während vorwiegend proletarische Innenstadtgebiete den Zusammenschluss befürworteten, wehrten sich die bürgerlich geprägten, wohlhabenderen Stadtteile wie z.B. Zehlendorf und Randgemeinden wie Spandau oder Köpenick vehement dagegen. Diese Gegenbewegung setzte schon vor der Gesetzgebung ein und hielt teils noch bis Ende 1924 an.

Bau- und Verkehrspolitik

Ein Schwerpunkt ist natürlich die Wohnungspolitik im neuen Berlin: Der Wohnungsmangel ist eklatant und eines der größten Defizite der Stadt, die auch durch Zuwanderung förmlich explodiert: Die um die Mitte des 19. Jahrhunderts begonnene Industrialisierung und die weiter expandierende Industrie mit ihrem hohen Bedarf an Arbeitskräften sorgte für einen stetigen Zustrom vom Land in die Stadt, die Arbeit, Lohn und auch Freiheit versprach. Sie alle mussten irgendwo wohnen, möglichst in der Nähe der Fabriken – die Folge war ein immer dichteres Geflecht von Mietskasernen, oft mit engen, dunklen Hinterhöfen, in denen insbesondere die Arbeiterfamilien zusammengepfercht auf engstem Raum unter erbärmlichen Bedingungen lebten, während das Bürgertum in den Beletagen oder gleich in den vornehmeren Villenvierteln residierte.

Es galt um 1920 also nicht nur, die massive Wohnungsnot zu lindern, sondern auch, den schlimmsten Missständen



Notenblatt »Die Wohnungsnot«, Couplet aus der Revue »Halloh! Halloh!«, 1919

entgegenzuwirken. In der Folge wird der soziale Wohnungsbau zu einem der wichtigsten Themen der Stadt, die »Baumaschine« springt an: Zahlreiche Siedlungen nach dem Prinzip Licht, Luft, Sonne entstehen im Stil der Moderne, die heute immer noch vorbildhaft sind und zum Unesco-Welterbe zählen.

Die Synchronisierung unterschiedlicher Verkehrsbetriebe, Verkehrsmittel und -systeme ist eine weitere Mammutaufgabe. Noch heute ist es erstaunlich, in welchem Tempo damals der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und ertüchtigt wurde, um Millionen Menschen durch die Stadt zu transportieren.

Wo die Stadt sich enorm verdichtet, wächst natürlich auch das Bedürfnis nach Freiräumen und Erholung. In dieser Zeit entstehen die Volksparks, überhaupt Park- und Grünanlagen für alle, aber auch Strand- und Freibäder wie jenes am Wannsee oder zahlreiche Sportplätze.

Dabei versammelt die Ausstellung eine Fülle historischer Dokumente, Fotografien und Exponate (etwa ein alter Hanomag) ebenso wie anschauliche Grafiken, per Knopfdruck abrufbare Filmaufnahmen oder spielerische Elemente. Wirklich beeindruckend ist, wie es in der Gesamtheit des 1. Teils gelingt, die Stimmungen jener Zeit lebendig werden zu lassen, die drückende Not ebenso wie den Aufbruchsgest, den Galuben an die Moderne und an Fortschritt.

Zukunftsfragen

Naturgemäß kann der zweite Teil, das gegenwärtige Berlin mit seinen Zukunftspotentialen, nicht mit einer solchen dokumentarischen Fülle aufwarten – Zukunft ist nun mal nicht vorhersehbar. Stattdessen formuliert die Ausstellung hier per Videos, Interviews und (manchmal eher futuristisch-verspielten) Exponaten Fragen zu wichtigen Themenfeldern. Sechs Impulsprojekte zeigen mit wissenschaftlichen, künstlerischen oder journalistischen Beiträgen unterschiedliche Ansätze der Auseinandersetzung und regen zum Nachdenken und zur Debatte an. Weitere Elemente sind Umfragestationen für die Besucherinnen und Besucher zu wichtigen Themen. Und in der »Stadtwerkstatt« können Ideen zum künftigen Leben in der Stadt entwickelt und ausgetauscht werden.

»Chaos & Aufbruch« ist die zentrale Sonderausstellung des Kooperationsprojekts »Großes B – dreizehnmal Stadt«, mit dem das Stadtmuseum Berlin die zwölf Berliner Bezirksmuseen eingeladen hat, sich mit je einem dezentralen Ausstellungsprojekt zu beteiligen. Zu den einzelnen Bezirksausstellungen lädt die Große Halle des Märkischen Museums eindrucksvoll mit großen Bannern ein.

Begleitet wird das Projekt von einem umfangreichen Programm und dem Online-Portal 1000x.berlin mit Fotografien und Biografien aus einhundert Jahren Groß-Berlin. us

»Chaos & Aufbruch«, Ausstellung im Märkischen Museum, Am Köllnischen Park 5, noch bis 30. Mai 2021
Öffnungszeiten: Di–Fr 12–18 Uhr, Sa+So 10–18 Uhr
Eintrittspreis: 7,00 / erm. 4,00 Euro (inkl. Audioguide), bis 18 Jahre Eintritt frei. Zur Ausstellung ist eine Broschüre erschienen, die im Museum kostenlos erhältlich ist.

Mieterstadt dank Mietendeckel

In Berlin haben staatlich festgesetzte Mietobergrenzen Tradition

Berlin ist Mieterstadt wie kaum eine andere auf der Welt: Nur etwa jede sechste Wohnung wird bei uns von ihren Eigentümern bewohnt. Damit ist das Land Berlin Spitzenreiter: in Gesamtdeutschland ist fast die Hälfte der Wohnungen im Besitz ihrer Bewohner. Deutschland hat wiederum in der Europäischen Union die niedrigste »Wohneigentumsquote«. Es gibt also kaum eine andere Metropole auf dieser Welt, in der Mietpolitik eine ähnliche Rolle spielt wie bei uns. In den vergangenen 100 Jahren waren in Berlin staatlich verordnete Mietbegrenzen deshalb auch eher die Regel als die Ausnahme. Der »Mietendeckel«, der seit diesem Jahr für den größten Teil des Berliner Bestandes an Mietwohnungen gilt und der zuvor für heftige Debatten gesorgt hatte, ist für die Stadt also eigentlich nichts Besonderes.

Wohnungsbau trotz Mietendeckel

Gegen die staatliche Preisbindung für Wohnraum wird heftig polemisiert, zum Teil mit falschen Behauptungen. So heißt es beispielsweise immer wieder, die staatliche Mietpreisbindung verhindere den so dringend erforderlichen Wohnungsbau in der Hauptstadt, weil sie private Investoren abschrecke. Dabei gilt der Mietendeckel ausdrücklich nur für Wohnungen, die bereits vor dem Jahr 2014 bezugsfertig waren: Neubauten aus späteren Jahren werden von ihm gar nicht erfasst. Wer heute in Berlin ein Mietshaus bauen will, wird also vom Mietendeckel in keiner Weise eingeschränkt.

Zudem ist knapp zwei Drittel des Berliner Wohnungsbestandes in Zeiten entstanden, zu denen die Mieten staatlich

cherseits gedeckelt waren, also in den Jahren zwischen 1922 und 1988. Etwa 665.000 Wohnungen in der Stadt entstanden zum Beispiel in der Nachkriegszeit zwischen 1949 und 1978, als sowohl im West- als auch im Ostteil Berlins Mietbegrenzungen galten. Nach der Freigabe der Mieten und der Wiedervereinigung wurden in einem annähernd gleich langen Zeitraum nur etwa 205.000 neue Wohnungen gebaut (zwischen 1991 und dem Mikrozensus 2018). Die Behauptung, dass deregulierte Märkte mit »unsichtbarer Hand« quasi automatisch Wohnungen schaffen, ist also eine neoliberale Legende.

»Reichsmietengesetz«: Mietpreisbindung für ganz Deutschland

Eine staatlich verordnete Mietpreisbindung galt in der Weimarer Republik seit 1922, als das »Reichsmietengesetz« in Kraft trat. Darin wurden die Wohnungsmieten de facto auf den Stand der Vorkriegsmiete von 1914 eingefroren, sie durften damals nur um Zuschläge erhöht werden, die von den Landesbehörden per Verordnung festgesetzt wurden. Die maximale Miethöhe der allermeisten Wohnungen war also nicht mehr vom Kräftefeld des freien Marktes abhängig, sondern das Ergebnis von politischen Aushandlungen auf Landesebene. Das Reichsmietengesetz wurde im Verlauf der Weimarer Republik eher noch verschärft: Angesichts der Weltwirtschaftskrise wurde z.B. im Jahr 1931 die gesetzlich zulässige Miete per Notverordnung gesenkt. Und auch die Nazis dachten gar nicht daran, die Mietpreisbildung wieder den Kräften des Marktes zu überlassen. Sie verhängten im Jahr 1936 sogar einen allgemeinen Mietpreisstopp, obwohl in dieser Zeit die Weltwirtschaftskrise längst überwunden war.

Das Reichsmietengesetz war eine Reaktion auf die Wohnungsnot, die sich nach dem ersten Weltkrieg in ganz Deutschland ausgebreitet hatte. Der Wohnungsneubau war im Krieg faktisch eingestellt worden. Nach dessen Ende strömten Millionen Soldaten zurück in ihre Heimatorte, hinzu kamen Flüchtlinge: Kurz nach Kriegsende ging man von einem Fehlbestand von reichsweit rund einer Million Wohnungen aus. In Berlin verschärften sich die Konflikte vor allem in den nördlichen, proletarisch geprägten Stadtgebieten: hier gründeten sich etliche »Mieterräte«, die zu Mietstreiks und zum Widerstand gegen Zwangsräumungen aufforderten. Diese Mieterräte polemisierten auch gegen das geplante Reichsmietengesetz, das ihnen nicht weit genug ging: Auf einer Großkundgebung im Lustgarten im Februar 1921 riefen sie zum Mieterstreik gegen das Gesetzesvorhaben auf, der allerdings nach nur einem Monat weitgehend in sich zusammenbrach.

Nach dem Krieg: Mietendeckel unumstritten

Das Reichsmietengesetz erwies sich trotz turbulenter Zeiten als sehr stabil und überstand, wie gesagt, auch den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg. Auch in der Nachkriegszeit blieben in ganz Deutschland die Regulierungen in Kraft. Angesichts der Wohnungsnot in den zerbombten Städten und der vielen Millionen Flüchtlinge stand unmittelbar nach dem Krieg bei keiner politischen Partei eine Reform dieses Gesetzes auf der Tagesordnung.

In der Zeit der Beratungen der verfassungsgebenden Versammlung der Bundesrepublik Deutschland, dem Parlamentarischen Rat in den Jahren 1948 und 1949, war die staatliche Mietpreisbindung also ein nahezu selbstverständlicher Teil der Konstitution Deutschlands. Deshalb dürfte es auch nicht so einfach sein, dem Berliner Mietendeckel grundlegende Verstöße gegen die Landesverfassung Berlins oder das Grundgesetz der Bundesrepublik nachzuweisen.

In den 1950er Jahren galten staatlich regulierte Mieten also auch in Westdeutschland. Erst in den 1960er Jahren sollte sich das ändern: Im Jahr 1960 brachte das Kabinett unter Konrad Adenauer das »Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht« in den Bundestag ein. Darin wurden die Mieten für bis dahin preisgebundenen Wohnraum ab dem 1. Januar 1966 grundsätzlich freigegeben.

»Schwarzer Kreis« im Westteil bis 1988

Tatsächlich verzögerte sich dies aber oft – in manchen Städten bis in die Mitte der 1970er Jahre und im Westteil Berlins sogar bis zum Jahr 1988. Solange galt hier der »Schwarze Kreis«, in dem die Mietobergrenzen für Altbauten aus der Zeit vor 1948 vom Senat regelmäßig neu ausgehandelt und festgesetzt wurden. Das war in der Bevölkerung sehr populär, auch bei sonst eher konservativen Wählerschichten: Im Wettlauf der Systeme wollte man sich in Westberlin lange Zeit offenbar keine Blöße geben, indem man stark steigende Mieten riskierte, wie sie nach der Freigabe etwa in München oder anderen westdeutschen Großstädten zu beobachten waren. Erst am Ende der 1980er Jahre traute sich der schwarz-gelbe Westberliner Senat diesen Schritt zu. Allerdings gab es starken Widerstand in der Bevölkerung, rund 500.000 Unterschriften wurden gegen den »Weißen Kreis« gesammelt, wie die Übergangsregeln genannt wurden. Die Wahl zum Abgeordnetenhaus im Januar 1989 ging für die damaligen Regierungsparteien jedenfalls krachend verloren – CDU und FDP büßten zusammen mehr als 13% der Wählerstimmen ein. Die FDP flog aus dem Parlament, die rechtspopulistischen »Republikaner« zogen stattdessen ein. Der letzte Westberliner Senat unter Walter Momper war rot-grün.

Neoliberale Wende nach 1990

Nach der Wiedervereinigung der Stadt brachen dann aber auch in Berlin neoliberale Zeiten an: Staatlich regulierte Mieten standen jetzt für das System der DDR und ihre stark vernachlässigte Altbausubstanz. Und die rapiden Steigerungen der Mieten im gesamten Stadtgebiet konnten als unvermeidliche Begleiterscheinung einer »Normalisierung« der Verhältnisse Berlins abgetan werden. Dass es im Westteil gelungen war, mit Hilfe der »behutsamen Stadterneuerung« in relativ kurzer Zeit einen Großteil der Altbauten auch unter den Bedingungen einer staatlichen Mietpreisbindung zu sanieren, spielte in den wohnungspolitischen Debatten kaum eine Rolle.

Erst in jüngerer Zeit fanden sich in der Mieterstadt wieder politische Mehrheiten für stärkere mietenpolitische Eingriffe wie den Mietendeckel. Dazu haben natürlich die



stark gestiegenen Mieten beigetragen, die seit Mitte der 2010er Jahre bei dem Neuabschluss eines Mietvertrages zu entrichten sind. Aber auch die extremen Bodenwertsteigerungen in der Stadt haben dieser Renaissance der Mietpreisregulierung den Boden bereitet: Warum soll die Stadtpolitik auch tatenlos dabei zusehen, wie große Kapitalgesellschaften, internationale Fonds und ein kleiner Teil der Bevölkerung Jahr für Jahr immense Vermögensgewinne einstreichen, die letztlich von den Wählerinnen und Wählern über die Miete finanziert werden?

Mieterstadt als Standortvorteil

Dazu kommt: Der Aufschwung, den Berlins Wirtschaft seit etwa 2010 verzeichnete, war sehr eindeutig auf »weiche« Standortfaktoren wie bezahlbare Mieten zurückzuführen. Das macht die Stadt international attraktiv für junge, gut ausgebildete Erwachsene, die hier, anders als in Metropolen wie London, Paris, New York oder San Francisco, noch Wohnraum finden, der für Familiengründungen geeignet ist. Deshalb ist Berlin ja für jene Firmen so interessant, die diese jungen Erwachsenen brauchen, um innovative Produkte zu entwickeln. Eine Mieterstadt wie Berlin bietet Vorteile, die Städte, in denen Wohneigentum dominiert, nicht haben: Man braucht kein riesiges Eigen- oder Familienkapital, um neue Hausstände gründen zu können. Man ist flexibel und kann seine Wohnsituation seinen Lebensumständen schnell anpassen. Es macht keine großen Umstände, in Berlin mal ein paar Jahre zu arbeiten – aus denen in diesem Lebensabschnitt schnell auch größere Zeiträume werden. Und man findet als Berufseinsteiger schnell ein Umfeld von Menschen mit ähnlichen Lebensentwürfen. Das beschleunigt den Aufbau von Netzwerken, die wiederum oft die eigentliche Grundlage für Innovationen darstellen und die Stadt für Unternehmensgründer so attraktiv macht: Als Mieterstadt scheint Berlin für das 21. Jahrhundert also sehr gut gerüstet zu sein! cs





Ch. Eckelt

Verfechterin sozial-demokratischer Ideale

Zum Rücktritt der Berliner Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher

Der Rücktritt von Katrin Lompscher als Stadtentwicklungssenatorin kam völlig überraschend – weder hatte sie zuvor amtsmüde gewirkt, noch hatte die Opposition sie gerade besonders in der Mangel. Das große Projekt des Mietendeckels hatte zwar für viele Anfeindungen gesorgt, doch in der Sache bot er keinen Anlass für Rücktrittsforderungen.

Der Grund für den Rücktritt war im Grunde völlig banal: Bei ihrer Tätigkeit in Aufsichtsratsgremien hatte sie jährlich 8100 Euro verdient. Davon müsste sie nach dem Senatorenengesetz für insgesamt drei Jahre knapp 5900 Euro in die Landeskasse zurückzahlen, was sie versäumte. Nach Bekanntwerden der fehlerhaften Abrechnungen überwies sie einen Betrag von 7000 Euro an die Landeskasse – und trat zurück.

Das Versäumnis war so nichtig, dass der Rücktritt selbst ihren erbittertsten Gegner für einen Moment den Wind aus den Segeln nahm. Katrin Lompscher selbst war es, die sich den Fehler nicht kleinreden mochte.

Ein Rücktritt wegen 5900 Euro, die umgehend nachgezahlt wurden – so viel Strenge mit sich selbst, Rückgrat und Anstand sind ungewöhnlich in einer politischen Landschaft, in der ein Minister ungeniert einen Milliardenschaden für die Gesellschaft wie eine Petitesse aussitzen kann. Lompscher jedoch muss klar gewesen sein, dass auch der kleinste Makel in ihrem Amt sie angreifbar machen würde.

Und an erbitterten Gegnern mangelte es Lompscher nun wahrlich nicht. Schließlich gibt es eine Menge Leute, die Kapital aus Immobilien und überzogenen Mieten schlagen. Lompscher – eine Ostberlinerin, die ihr Handwerk erst als Baufacharbeiterin und dann als Diplomingenieurin für Städtebau von der Pike auf gelernt hatte – trat ihr Amt in einer Stadt an, in der Mieten und Grundstückspreise explodierten, Spekulanten Häuser reihenweise »entmieteten«, um sie als Eigentumswohnungen lukrativ zu verkaufen,

oder Grundstücke aus spekulativen Zwecken brach liegen ließen. In einer Stadt, die seit Jahren keinen nennenswerten Sozialen Wohnungsbau mehr zu verzeichnen hatte und in der es an bezahlbaren Wohnungen mangelte. Kein schönes Erbe. Lompschers politische Agenda war geradlinig: mehr Mieterschutz, die Mietenspirale möglichst stoppen, mehr Sozialer Wohnungsbau. Das hieß konkret: massive Ausweitung von Milieuschutzgebieten (und damit mehr Vorkaufsrechte für die Kommune), Neubauvereinbarungen mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Erhöhung des Anteils kommunaler Bestände auf dem Wohnungsmarkt und – ein kühner Vorstoß – der Mietendeckel.

In der Folge wurde ihr oft vorgeworfen, zu wenig für Wohnungsneubau zu sorgen und Investoren zu verschrecken, hämisch wurde sie »Bauverhinderungssenatorin« genannt – und damit die simple Tatsache geleugnet, dass in Berlin derzeit so viele Wohnungen gebaut werden wie seit 20 Jahren nicht mehr. Hinzu kommen erteilte Baugenehmigungen für über 60.000 Wohnungen. Etliche davon wurden bislang nicht gebaut, weil Investoren immer noch mit den Grundstücken spekulieren.

Der Mietendeckel stieß zwar auf viel Abwehr und Gegenwind, ließ aber auch Politiker (und Mieter!) in anderen, ebenfalls unter den steigenden Mieten ächzenden Großstädten aufhorchen und weckte Hoffnungen. Wenn er vor der höchsten richterlichen Instanz bestehen kann, hätte das mehr als nur Signalwirkung.

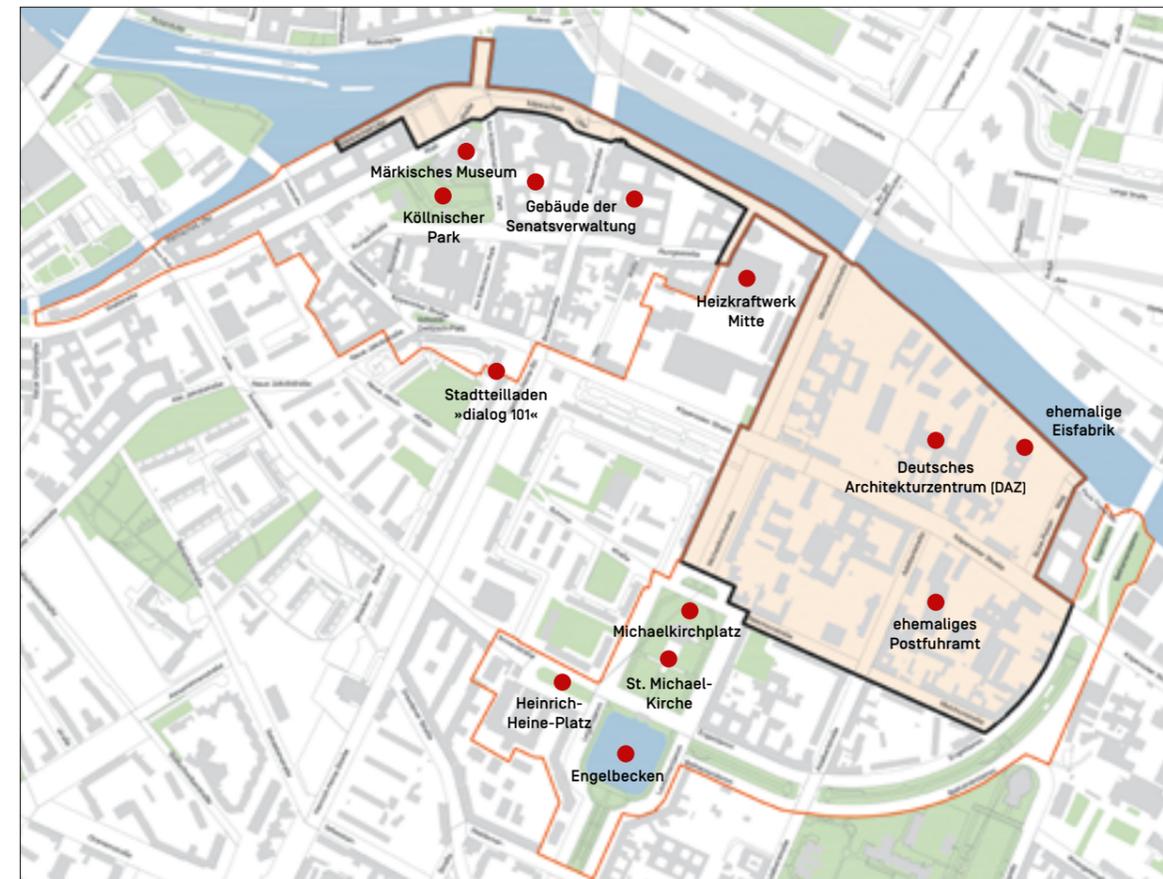
Interessanterweise kam massive Kritik an der vorgeblich investoren- und eigentümerfeindlichen Politik Lompschers ausgerechnet auch von Journalisten der Hauptstadtresse. Es waren vielleicht dieselben Journalisten, die es jahrelang ohne Nachfragen oder Eigenrecherche hinnahmen, dass die frühere Senatorin Junge-Reyer (SPD) gebetsmühlenartig beruhigte, in Berlin stünden hunderttausend Wohnungen leer – selbst dann noch, als der Wohnungsmangel längst spürbar war und sich herausstellte, dass die völlig obskure Zahl auf nichts weiter als auf veralteten Angaben von Vattenfall zu abgestellten Stromzählern beruhte.

Und auch Junge-Reyers Vorgänger, Peter Strieder (ebenfalls SPD) musste längst nicht so viel Kritik wie Lompscher einstecken, obwohl er sich lieber den spektakulären Prestigeprojekten widmete, während in seiner Amtszeit die Förderung Sozialen Wohnungsbaus immer weiter zurückgefahren wurde oder kommunale Bestände in Größenordnungen verscherbelt und privatisiert wurden.

Vor diesem Hintergrund hätte die SPD der Linken-Politikerin Katrin Lompscher eigentlich eine Ehrenmitgliedschaft anbieten müssen. Schließlich war sie diejenige Senatorin, die noch am ehesten eine mieterfreundliche Politik und eine Stadt für alle vertrat. Mithin also eine zutiefst sozialdemokratische Stadtpolitik im ursprünglichen Sinn.

Nachfolger Lompschers ist ihr bisheriger Staatssekretär Karsten Scheel. Er gilt als weniger streitbar, als pragmatisch, umsichtig und gründlich, ist freilich nicht vom Fach: Der gebürtige Wriezener studierte Philosophie und war, bevor er als Staatssekretär begann, Mitglied des sächsischen Landtags und parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion. Aller Voraussicht nach wird er in dem verbliebenen Jahr vor der nächsten Berlinwahl Lompschers Politik weiterführen.

us



Sanierungsgebiet
Nördliche
Luisenstadt

Erhaltungsgebiete

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleitung: Kristina Laduch,
Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
Referat IV C – Stadterneuerung
Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
www.luisenstadt-mitte.de
Sprechstunde: Dienstag 15–18 Uhr
im Stadteilladen »dialog 101«

Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt
Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Stadteilladen »dialog 101«
Ansprechpartner: Volker Hobrack,
Tel 275 47 69, volker.hobrack@gmail.com
bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luise-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt
Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
post@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
Bürozeiten: montags 13–17 Uhr

Mieterberatung für Mieter im Sanierungsgebiet und in den Erhaltungsgebieten
Montag, 15–18 Uhr (jeder 1. und 3. Montag mit Rechtsanwältin)
Stadteilladen »dialog 101«
Köpenicker Straße 101, 10179 Berlin
Kontakt: Mieterberatung Prenzlauer Berg,
Tel 44 33 81 25
www.mieterberatungpb.de



Ch. Eckelt

ECKENSTEHER

Berlin hautnah

Story aus der Sammlung »mein schönstes Berlin-Erlebnis«, die Kurzfassung: Von einer Sitzung gekommen. Gefreut über das pünktliche Ende (lässt noch ein paar Stunden Zeit zu arbeiten). Fußspitze bleibt an einem losen Pflasterstein hängen (Vorplatz steht schon seit Jahren auf der Sanierungsliste). – Berlin, ein raues Pflaster, eine Stadt immer im Werden.

Hände sind gerade in den Jackentaschen (wegen Maskensuche für U-Bahn). Körper kippt ergo ohne Vorwarnung oder Abfangvorrichtung vorüber. Nase und Kinn haben leichten Vorsprung und zuerst Bodenkontakt. Blut schießt aus dem Riechorgan und will gar nicht mehr damit aufhören. Zwei türkische Bauarbeiter, die eigentlich Pause machen wollen, stürzen besorgt herbei, organisieren jede Menge Papiernachschub für die Nase, Wasser, einen Rettungswagen. – Berlin, die solidarische, multikulturelle Stadt.

Rettungswagen kommt mit burschikos-mütterlicher Sanitäterin, bewegt sich dann auf abenteuerlichen Wegen (Leipziger Straße?) rumpelig Richtung Charité. – Berlin, ruppig, aber mit Herz.

Ausladen an der coronakrisenerprobten Charité, noch keine extremen Sicherheitsvorkehrungen (es ist die Zeit vor Nawalny). Hier

müssense jetzt aber die Maske aufsetzen, sagt die Sanitäterin. Fügt nach einem Blick auf den deformierten Kolben mitleidig hinzu: Ach nee, lassense dit mal lieber. – Berlin, du pragmatische.

Charité- Notaufnahme: ein Ort für Sozialstudien, so man dazu noch in der Lage ist. Eine ältere Frau, die aussieht wie gerade vom Bus überrollt, wird im Rollstuhl vorbeigeschoben. Ein leicht alkoholischer Mann, der sich zum zweiten Mal in Folge den Ellbogen rampoliert hat, déjà-vu für den Arzt. Berlin, Stadt der sozialen Kontraste.

Der Doc inspiziert nun das demolierte Kinn, das genäht werden muss. Raunzt angesichts des Zuckens unter der Desinfektion: Hab ich gestern bei meinem sechsjährigen Sohn auch gemacht, der hat nicht so gezuckt. Dann, beim Nähen, ein wenig gepflegte Konversation: Beruf, ja so, Thema Stadtentwicklung, ach, interessant, haben Sie denn eine Lieblingsstadt? Helsinki, ist die spontane Antwort, der Arzt wiederum ist begeistert von Oslo. Leider sind nur drei Stiche notwendig. – Berlin, Stadt des kulturellen Dialogs.

Auftritt HNO-Experte. Diagnose: der Riechkolben sieht übel aus, ist aber nicht gebrochen. Endlich doch, mit zwei Stunden Verspätung: der Heimweg, diesmal GANZ vorsichtig. Es ist der ehemals so berlin-typische Blick: immer schön aufs Pflaster gerichtet (damals eher wegen der Tretminen). Die allmählich schwarz anlaufenden Hämatome im Gesicht sind preisboxerverdächtig – noch nie war man so glücklich über die Schutzmaske.

Ach, Berlin. Immer ein Abenteuer, niemals langweilig. us

PFLASTERSTEINE

Phänomene des Alltags

Frage auf dem Portal einer Mieterinitiative: »Wenn nur Wohnungsbau gegen den Mietenwahnsinn helfe, wie die Immobilienwirtschaft sagt, warum kauft dann Investor G. bewohnte Mietshäuser in Moabit und Wedding? Dadurch entstehen genau null neue Wohnungen.« Gute Frage eigentlich.

Symptome

Mitte September. Man muss gar nicht hinausgehen, um wissen, dass sich der Sommer noch einmal zurückmeldet – ein Blick aus dem Fenster reicht. Menschen in T-Shirts und kurzen Hosen lassen sich auf der kleinen Wiese des »Pocketparks« nieder. Und wenn sie wieder gegangen sind, kann man sogar erkennen, mit welchen Trend-Lebensmitteln sie sich fit halten. An den zurückgelassenen Verpackungen nämlich.